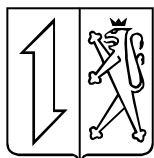


Vergabeordnung

der Stadt Mannheim

(VergO)



STADT MANNHEIM²

Aufgrund von § 44 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000, zuletzt geändert durch Artikel 28 der Achten Verordnung des Innenministeriums zur Anpassung des Landesrecht an die geänderten Geschäftsbereiche und Bezeichnungen der Ministerien vom 27. Februar 2012 (GBl. S. 65,68) und des § 19 der Hauptsatzung der Stadt Mannheim vom 01.04.2011, wird folgende Vergabeordnung erlassen:

Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeines.....	3
1.1	Geltungsbereich.....	3
1.2	Vergaberechtliche Bestimmungen.....	3
1.3	Zuständigkeiten.....	5
1.4	Beauftragung Dritter mit Vergabeleistungen.....	10
2.	Korruptionsvorbeugung und –bekämpfung.....	11
3.	Arbeitssicherheit/Arbeitsmedizin.....	11
4.	Umweltverträglichkeit und nachhaltige Beschaffung.....	12
5.	Beschaffungsgrundsätze.....	12
6.	Ausschreibung und Vergabe.....	13
6.1	Grundsätze.....	13
6.2	Ausschreibungsverfahren.....	15
6.3	Beschränkte Ausschreibung.....	16
6.4	Freihändige Vergabe bis zur Wertgrenze.....	17
6.5	Ausnahmen.....	17
6.6	Wertung der Angebote.....	18
6.7	Auftragserteilung.....	19
6.8	Auftragsänderung.....	19
7.	Überwachung der Lieferungen, Leistungen und Bauleistungen.....	20
8.	Evaluation.....	20
9.	Schlussbestimmungen.....	21

Anlagen

Anlage 1	Übersicht über stadtweite Zuständigkeiten der Bedarfsstellen
Anlage 2	Ausnahmen
Anlage 3	Städtische Wertgrenzen
Anlage 4	Abgrenzung Arbeitnehmerüberlassung – Werkvertrag
Anlage 5	frei
Anlage 6	Scientology-Organisation – Schutzklausel
Anlage 7	Niederschrift über die Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz
Anlage 7.1	Merkblatt über die Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz
Anlage 8	Zusätzliche Vergabe- und Vertragsbedingungen
Anlage 9	Sondervergabestellen

Die jeweils aktuellen Fassungen der Vergabeordnung und ihrer Anlagen befinden sich auf der über das Intranet der Stadt Mannheim erreichbaren Vergabeseite.

1. Allgemeines

1.1 Geltungsbereich

- (1) Die Vergabeordnung regelt das Vergabewesen für den Bereich der Stadt Mannheim. Die Vergabeordnung ist von allen Dienststellen, d.h. rechtlich unselbstständigen Organisationseinheiten der Stadt Mannheim (z.B. Dezernate, Ämter, Fachbereiche und Eigenbetriebe u.a.) anzuwenden.
- (2) Die Vergabeordnung gilt für alle Lieferungen und Leistungen, einschließlich Dienstleistungen (VOL), Bauleistungen (VOB) sowie freiberufliche Leistungen, die gegenüber der Stadt Mannheim erbracht werden, und zwar ohne Rücksicht auf die Art der Finanzierung (z.B. Kauf, Miete, Mietkauf, Leasing) und auf die Herkunft der Finanzierungsmittel.
- (3) Die Vergabeordnung gilt nicht für die in Anlage 2 genannten Beschaffungen.
- (4) Bei Zuschussmaßnahmen sind die anwendbaren Wertgrenzen (Anlage 3) und Ausnahmen von der Vergabeart (Nr. 6.5) vorab im Einzelfall mit den Zuschussgebern schriftlich abzustimmen.

1.2 Vergaberechtliche Bestimmungen

- (1) Bei der Vergabe sind in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden:
 - der Vierte Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB),
 - die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV) und somit die 2. Abschnitte von VOB/A und VOL/A und die VOF oberhalb der jeweiligen Schwellenwerte,
 - § 31 der Gemeindehaushaltsverordnung,
 - die Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums Baden-Württemberg über die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich (Vergabe VwV) und somit die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB)
 - Teil A (Allgemeine Bestimmungen über die Vergabe von Leistungen) Abschnitt 1 der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL).

Des Weiteren sind

- die Unfallverhütungsvorschriften sowie die anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln und
- die Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen unmittelbar

zu beachten.

- (2) Für die Vergabe von Dienstleistungen gelten Nr. 6.1 Abs. 3 bis Nr. 6.7 nur, soweit nicht in Honorarordnungen, gesetzlichen Bestimmungen, Tarifen etc. anderes bestimmt ist.
- (3) Beim Einsatz von Leiharbeitnehmern, auch freiberuflich Tätigen bzw. Fachfirmen, ist das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zu beachten (siehe Anlage 4).
- (4) Nach der im gesamten Vergabewesen allgemein geltenden Grundregel der Trennung von Bedarfsbereich und Vergabebereich dürfen die mit:
 1. Einzelbestellung von Leistungen, soweit nicht ein Abruf durch Rahmenverträge möglich ist
 2. Bestimmung der Vergabeart
 3. Durchführen des Vergabeverfahrens
 4. Ausarbeitung und Abschluss von Bau-, Liefer-, Dienstleistungs- und Werkverträgen

beauftragten Mitarbeiter/innen nicht gleichzeitig mit dem Ermitteln, Feststellen, Prüfen und Anmelden des Bedarfs und mit der Abnahme von Lieferungen, Leistungen oder Bauleistungen befasst werden. Abweichungen sind nur zulässig, wenn dies aus betrieblichen Gründen unumgänglich ist.

- (5) Bevor Lieferungen, Leistungen, Dienstleistungen und Bauleistungen an Dritte vergeben werden, ist von der Bedarfsstelle zu prüfen und zu dokumentieren, ob Dienststellen der Stadt den Auftrag wirtschaftlicher ausführen können bzw. freie stadteigene Kapazitäten genutzt werden können.

- (6) Sind für die Vergabe besondere fachliche Kenntnisse erforderlich, so ist in jedem Fall die hierfür fachlich zuständige Dienststelle vorher zu hören. Ausgenommen hiervon sind Elektroartikel bis zu der Wertgrenze des aktuell gültigen Handkassenvorschusses, die mit dem VDE-, GS- und CE - Zeichen versehen sind.
- (7) Die stadtweiten Zuständigkeiten gemäß Anlage 1 sind zu beachten.

1.3 Zuständigkeiten

(1) Bedarfsstellen

Bedarfsstellen sind die Dienststellen sowie die am Wirtschaftsmodell Schulen teilnehmenden Einrichtungen, bei denen Bedarf auftritt. Sie sind, soweit nicht Sondervergabestellen zuständig sind (siehe Anlage 9), zuständig für die Bedarfsermittlung, die Bedarfsanalyse, die Erstellung des Leistungsverzeichnisses, die fachliche Prüfung und die Vergabeentscheidung. Die Bedarfsstellen können bis zur in Anlage 3 genannten Wertgrenze Freihändige Vergaben und Verhandlungsverfahren selbst durchführen, soweit nicht Sondervergabestellen zuständig sind. Reparaturaufträge in Notfällen können unmittelbar erteilt werden, sofern die zuständige Stelle nicht erreichbar ist oder nicht fristgerecht für die Beseitigung sorgen kann.

(2) Servicestelle Verdingung

Die Servicestelle Verdingung ist bei sämtlichen Ausschreibungen zuständig für

- Festlegung Vergabeverfahren und Vergabeart¹ (ausgenommen Sondervergabestellen), ggf. mit Zustimmung gemäß Nr. 6.5 Vergabeordnung
- Strukturierung des Verfahrens

sowie in Abhängigkeit von Vergabeart/Verfahrensstufe zuständig für folgende Aufgaben² bei

¹ Soweit nicht nach Entscheidung der Bedarfsstelle ein förmliches Ausschreibungsverfahren (Öffentliche oder Beschränkte Ausschreibung) zweckmäßiger ist.

² Die Inanspruchnahme der Servicestelle Verdingung wird den Eigenbetrieben – die Zustimmung des zuständigen Dezernates vorausgesetzt – zwar grundsätzlich freigestellt, jedoch mit Blick auf die Komplexität des Vergaberechts dringend angeraten.

- a) Öffentlichen und Beschränkten Ausschreibungen, Offenen und Nichtoffenen Verfahren sowie, mit Ausnahme der Sondervergabestellen, Freihändigen Vergaben und Verhandlungsverfahren (VOL/VOB), die über der in Anlage 3 genannten Wertgrenze liegen,
- Zusammenstellung der Ausschreibungsunterlagen und stichprobenhafte Prüfung des Leistungsverzeichnisses (Überwachung Einhaltung Vergaberecht)
 - Bekanntmachungen
 - Versand der Unterlagen
 - Angebotsöffnung inkl. erster formeller Prüfung
 - Rechnerische Prüfung und Preisspiegel
 - Erledigung der Meldepflichten, insb. EU
- b) Teilnahmewettbewerben, Wettbewerblichen Dialogen (VOL/VOB/VOF)
- Zusammenstellung der Bewerbungsunterlagen (Überwachung Einhaltung Vergaberecht)
 - Bekanntmachungen
 - Versand der Unterlagen
 - Öffnung der Teilnahmeanträge inkl. erster formeller Prüfung
- c) Verhandlungsverfahren (VOF)
- Angebotsverwahrung und -öffnung
 - Erledigung der Meldepflichten EU

Darüber hinaus ist die Servicestelle Verdingung für folgende Aufgabe zuständig:

- Pflege und Aktualisierung der städtischen Verrechnungssätze
- Betrieb und Weiterentwicklung der Auftrags- und Firmendatenbank
- Betrieb und Weiterentwicklung des Vergabeportals

(3) Servicestelle Vergabe

Die Servicestelle Vergabe ist bei sämtlichen Öffentlichen und Beschränkten Ausschreibungen (Offene Verfahren und Nichtoffene Verfahren), Öffentlichen Teilnahmewettbewerben, Wettbewerblichen Dialogen und Freihändigen Vergaben (Verhandlungsverfahren) über der in Anlage 3 genannten Wertgrenze sowie gegebenenfalls bei Ergänzungsaufträgen für folgende Aufgaben zuständig:³

- Abschließende formelle Prüfung (Überwachung Einhaltung Vergaberecht)
- Abwicklung von Vergaberechtsproblemen (z.B. Unterstützung des Rechtsamts bei Verfahren vor der Vergabekammer Baden-Württemberg und beim OLG Karlsruhe)
- Formelle Auftragserteilung
- Formeller Abschluss von Auftragserweiterungen/Ergänzungsvereinbarungen
- Preisprüfung und –verhandlung als Serviceangebot (soweit dies vom zuständigen Dezernat verpflichtend vorgegeben ist)

Darüber hinaus ist die Servicestelle Vergabe zuständig für:

- Beratung im allgemeinen Vergabe- und Vertragsrecht
- Beratung bei konkreten Vergabeverfahren, insbesondere als Serviceleistung bei Freihändigen Vergaben und Verhandlungsverfahren unterhalb der in Anlage 3 genannten Wertgrenze
- Feststellung sinnvoller Bündelungen des gesamtstädtischen Bedarfs, soweit nicht Sondervergabestellen zuständig sind
- Geschäftsstelle der Vergabekommission

(4) Sondervergabestellen

Die Sondervergabestellen sind für folgende Aufgaben zuständig:

- Abwicklung der speziellen Vergabevorgänge gemäß Zuständigkeit (siehe Anlage 9)

³ Die Inanspruchnahme der Servicestelle Vergabe wird den Eigenbetrieben – die Zustimmung des zuständigen Dezernates vorausgesetzt - zwar grundsätzlich freigestellt, jedoch mit Blick auf die Komplexität des Vergaberechts dringend angeraten. Die Zeichnungsbefugnis richtet sich nach der jeweiligen Betriebssatzung (siehe Nr. 1.3 Abs. 7 Vergabeordnung).

- Abschließende formelle und fachliche Prüfung (Überwachung Einhaltung Vergaberecht)
- Abwicklung von Vergaberechtsproblemen (z.B. Unterstützung des Rechtsamts bei Verfahren vor der Vergabekammer Baden-Württemberg und beim OLG Karlsruhe)
- Formelle Auftragserteilung
- Abschluss von Auftragserweiterungen/Ergänzungsvereinbarungen
- Preisprüfung und –verhandlung
- Feststellung sinnvoller Bündelungen des gesamtstädtischen Bedarfs gemäß Zuständigkeit
- Überwachung Einhaltung Vergaberecht

(5) Vergabekommission

Die Vergabekommission hat das städtische Vergabewesen unter strategischen, d.h. gesamtstädtischen Gesichtspunkten zu fördern und die Steuerung dieses Bereiches zu unterstützen. Dazu gehören alle grundsätzlichen Entscheidungen im Bereich Vergabewesen insbesondere:

- Beauftragung von Dienststellen mit gesamtstädtischen Aufgaben im Bereich Vergabewesen
- Änderung der Vergabeordnung
- Stadtweite Vordrucke, Formulare und Allgemeine Vertragsbedingungen
- Stadtweite IT-Unterstützung des Vergabewesens
- Bereitstellung von zentralen Mitteln für Fortbildungen zum Vergabewesen
- Qualitätssicherung (siehe Nr. 8)

Die Vergabekommission setzt sich wie folgt zusammen:

- Vertreter/in des OB-Dezernates (Vorsitz)
- Je ein/e Vertreter/in der Dezernate
- Dienststellenleitung des Rechnungsprüfungsamts
- Dienststellenleitung des Rechtsamts
- Dienststellenleitung FB 60
- Dienststellenleitungen der Sondervergabestellen

- Leitung der Servicestellen Verdingung und Vergabe
- je ein/e Vertreter/in des GPR und der GSV
- Vertreter/innen der AG Vergabe bei Bedarf

(6) Arbeitsgruppe Vergabe

Die Arbeitsgruppe „Vergabe“ (AG Vergabe) setzt sich aus je einem Mitarbeiter/ einer Mitarbeiterin folgender Dienststellen zusammen

- Servicestellen Verdingung und Vergabe (Vorsitz)
- Sondervergabestellen
- Rechnungsprüfungsamt
- Rechtsamt
- GPR
- GSV
- Sonstigen fachkundigen Personen, insbesondere aus Bedarfsstellen

Die AG Vergabe unterstützt die Vergabekommission, insbesondere bei der

- Überarbeitung der Vergabeordnung
- Erstellung stadtweiter Vordrucke, Formulare und Allgemeiner Vertragsbedingungen
- Aufarbeitung und Diskussion von Grundsatzangelegenheiten, aktuellen Änderungen im Vergaberecht und deren Auswirkungen auf das städtische Vergabewesen und andere Regelungen im Stadtrecht
- Identifikation von Potenzialen für die Weiterentwicklungen des Vergabewesens und Erarbeitung von Vorschlägen für die Vergabekommission

Die Mitglieder der AG Vergabe melden aktuelle Entwicklungen zum Vergabewesen an die Geschäftsstelle.

Dringliche Änderungen und Aktualisierungen der Anlagen der Vergabeordnung können durch die AG Vergabe vorgenommen werden. Die Vergabekommission wird zeitnah über diese Änderungen informiert.

(7) Unterzeichnung

Für die Unterzeichnung der Aufträge sowie der Ergänzungsvereinbarungen bei Auftragsänderungen gelten die Betragsgrenzen in der Zuständigkeitsordnung der Stadt Mannheim bzw. in den jeweiligen Betriebssatzungen. Die dort genannten Beträge beinhalten die jeweilige Umsatzsteuer.

Darüber hinaus gelten die Regelungen in der Anlage 3.

1.4 Beauftragung Dritter mit Vergabeleistungen

- (1) Werden Dritte mit der Wahrnehmung von Aufgaben der Vergabe beauftragt, bleibt die Verantwortung der städtischen Stellen für die Einhaltung der Bestimmungen nach Nr. 1.2 und Nr. 1.3 unberührt.

Die beauftragten Dritten sind zur Beachtung dieser Vergabeordnung sowie auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten nach dem Gesetz über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) von der Service-stelle Vergabe bzw. der jeweiligen Sondervergabestelle zu verpflichten. Das als Anlage 7 beigefügte Formblatt sowie das Merkblatt (Anlage 7.1) sind hierfür heranzuziehen.

Diese Stellen haben dafür Sorge zu tragen, dass die beauftragten Dritten ihre Aufgaben unter Beachtung dieser Vergabeordnung erfüllen.

- (2) Für die Vergabe von Bauleistungen gelten zusätzlich die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsanweisung für die Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung von Bauvorhaben (GA-Bau).

2. Korruptionsvorbeugung und -bekämpfung

- (1) Die Vorschriften in Nr. 3.3 der VwV Korruptionsverhütung und -bekämpfung des Landes Baden-Württemberg sind verbindliche Vergabegrundsätze im Sinne des § 31 GemHVO. Ferner ist die Geschäftsanweisung zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Mannheim vor Korruption (BGA-Korruption) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

- (2) Über den Ausschluss von Firmen in künftigen Vergabeverfahren, die sich nachweislich eines korrupten Verhaltens schuldig gemacht haben, entscheidet die Servicestelle Vergabe bzw. die jeweilige Sondervergabestelle; des Weiteren ist das Verfahren nach BGA-Korruption zu beachten.
- (3) Bei Aufträgen im Wert über dem in Nr. 3.3 der VwV Korruptionsverhütung und -bekämpfung des Landes Baden-Württemberg vorgesehenen Betrag ist grundsätzlich eine Anfrage durch die den Auftrag erteilende Stelle bei der vom Land bestimmten Stelle erforderlich. Die Zuschlagserteilung darf erst nach Vorliegen der Auskunft erfolgen. Dies gilt nicht bei Auftragsänderungen.

3. Arbeitssicherheit/Arbeitsmedizin

Vor der Beschaffung von

- technischen Arbeitsmitteln (z.B. Fahrzeugen, Maschinen und Geräten einschließlich solche für Bürobereiche, DV-Monitoren),
- Büromöbeln,
- Sichtschutzanlagen,
- Arbeits- und Gefahrstoffen,
- Schutz-, Warn- und Sicherheitskleidung und
- Körperschuttmitteln

sind die Stabsstelle für Arbeitssicherheit bzw. die Arbeitsmedizinischen Dienste der Stadt im Rahmen des Arbeitsschutzgesetzes rechtzeitig zur Festlegung der Standards zu beteiligen.

4. Umweltverträglichkeit und nachhaltige Beschaffung

Die Bedarfsstellen und Sondervergabestellen sind verpflichtet, den Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit zu beachten.

Gemäß Gemeinderatsbeschluss 315/2008 vom 22.07.2008 werden bei der Beschaffung von Lieferleistungen möglichst nur Waren bezogen, die unter Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen hergestellt wurden. Als Nachweis dienen unabhängige Zertifizie-

rungen oder, wenn es für die betroffenen Produkte keine Zertifizierung gibt, eine Bestätigung des Anbieters auf Einhaltung der Normen.

Bei der Vergabe von Bauleistungen ist dafür zu sorgen, dass die vom Auftragnehmer gelieferten Baumaterialien ebenfalls diesen Anforderungen genügen.

Die Vergabekommission berichtet regelmäßig an den Gemeinderat über die Umsetzung durch die Verwaltung und die Einhaltung der Vorgaben durch die Bieter.

5. Beschaffungsgrundsätze

(1) Typenbeschränkung

Für gleichartigen Bedarf sind gleichartige Waren und Materialien zu verwenden. Hierbei sind genormte, typisierte und standardisierte Bedarfsartikel vorzuziehen.

(2) Jahresbedarf

Soweit andere Gesichtspunkte dem nicht entgegenstehen, ist zur Erzielung höchstmöglicher Rabattsätze bzw. wirtschaftlicher Preise der erkennbare Bedarf für einen längeren Zeitraum zusammenzufassen und in Form von Rahmenverträgen oder Lieferung auf Abruf zu vergeben.

(3) Vorratshaltung

Bei der Ausschreibung des Jahresbedarfs ist zu vereinbaren, dass Teillieferungen von den jeweiligen Bedarfsstellen (Verbrauchsstellen) abgerufen werden können. Vorratshaltungen sind aus wirtschaftlichen Gründen auf das Mindestmaß zur Deckung des unmittelbaren Bedarfs zu beschränken.

(4) Bedarfsanforderungen und Rahmenabrufscheine

Soweit die Anforderung des Bedarfs oder der Abruf aus Rahmenverträgen bzw. Jahreslieferverträgen nicht mit Hilfe von DV-Verfahren im Dialog mit entsprechender Prüfung der Zugriffsberechtigung vorgenommen wird, sind die jeweiligen An-

forderungen oder Abrufscheine von den hierzu ermächtigten Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen zu unterschreiben.

6. Ausschreibung und Vergabe

6.1 Grundsätze

- (1) Ausschreibungen und Vergaben dürfen grundsätzlich erst dann durchgeführt werden, wenn die entsprechenden Mittel nach dem Haushaltsplan bzw. den jeweiligen Wirtschaftsplänen zur Verfügung stehen oder über-/außerplanmäßig bewilligt wurden. Dabei ist die Bereitstellung der Mittel auf unterschiedlichen Sachkonten bzw. Baumaßnahmen (Gewerken) möglich.
- (2) Hiervon darf nur dann abgewichen werden, wenn aus wirtschaftlichen Gründen das Gesamtvolumen einer Leistung bzw. Bauleistung so ausgeschrieben wird, dass ungeachtet der Mittelbereitstellung bzw. der terminlichen Abwicklung eine schriftliche Option gegenüber dem zukünftigen Auftragnehmer auf die momentan nicht ausführbaren Leistungen/Bauleistungen erteilt werden kann.
- (3) Lieferungen, Leistungen, Bauleistungen und – Dienstleistungen i.S.v. § 1 VOL – Teil A sind grundsätzlich öffentlich auszuschreiben. Die in der VOL - Teil A und der VOB - Teil A enthaltenen „Grundsätze der Ausschreibung“ sowie die für Gemeinden verbindlichen Verwaltungsvorschriften des Landes Baden-Württemberg zur Regelung von Fragen des Vergabewesens sind zu beachten.

Ergänzend zu den geltenden Regelungen zur Anwendung der VOL/A und der VOB/A sind Beschränkte Ausschreibungen und Freihändige Vergaben ohne nähere Begründung zugelassen, wenn der geschätzte Auftragswert die in Anlage 3 genannten Wertgrenzen nicht überschreitet. Freihändige Vergaben von freiberuflichen Leistungen, die nicht beschreibbar sind, sind bis zum EU-Schwellenwert zulässig.

- (4) Die Stückelung eines Auftrags zur Umgehung der Wertgrenzen ist unzulässig.
- (5) Nur die von der jeweiligen Dienststelle mit Vergaben betrauten Mitarbeiter/-innen sind berechtigt, Angebote einzuholen und mit den Bietern im Rahmen der Vergabeordnungen zu verhandeln.

- (6) Die Bedarfsstellen haben den Servicestellen Vergabe und Verdingung bzw. den Sondervergabestellen auf deren Anforderung ihre Erfahrungen mit den von ihnen verwendeten Produkten/ in Anspruch genommenen Leistungen schriftlich mitzuteilen.
- (7) Bei Aufträgen über Beratungs- und Schulungsleistungen ist als besondere Vertragsbedingung eine Schutzklausel zur Abwehr von Einflüssen der Scientology - Organisation und vergleichbaren Organisationen vorzusehen. Wird diese nicht mit dem Angebot abgegeben (Anlage 6), ist das Angebot auszuschließen.
- (8) Soweit Wartungsverträge wirtschaftlich sinnvoll sind, sind diese Wartungsleistungen als eigene Position bei der Ausschreibung in das Leistungsverzeichnis mit aufzunehmen. Bei langfristigen Wartungsverträgen ist wegen des Preisrisikos eine Preisgleitklausel zu vereinbaren.
- (9) Die Dienststellen haben in allen Fällen durch geeignete Maßnahmen auf die Korruptionsverhütung hinzuwirken. Die Entscheidung über die Vergabe von Aufträgen über der in Anlage 3 genannten Wertgrenze ist zur Wahrung des Vier-Augenprinzips im Sinne von Nr. 3.1.2 Abs. 3 VwV Korruptionsverhütung und -bekämpfung des Landes Baden-Württemberg von mindestens zwei Personen innerhalb der Stadtverwaltung zu treffen.
- (10) Die Servicestelle Verdingung führt unter Beteiligung der betroffenen Dienststellen eine Datenbank aller zugelassenen Firmen, auf die bei Freihändigen Vergaben und Beschränkten Ausschreibungen zurückzugreifen ist. Ausgenommen hiervon sind Bargeschäfte und die freiberuflichen Leistungen. Diese Datei ist nach Branchen bzw. Gewerken sortiert und wird von der Servicestelle Verdingung ständig aktualisiert.
- (11) Die Bedarfsstelle bzw. Sondervergabestelle gewährleistet, dass sämtliche Freihändig und nach Beschränkter Ausschreibung vergebenen Aufträge - ausgenommen Bargeschäfte und freiberufliche Leistungen – unverzüglich in der zentralen Auftragsdatenbank erfasst werden. Die Servicestelle Verdingung übernimmt eine ggf. durch Gesetz oder Verordnung geforderte Veröffentlichung
- (12) Gemäß den Vergabe- und Vertragsordnungen ist das Vergabeverfahren von Anfang fortlaufend zu dokumentieren (Vergabevermerk). Die für die Auftragsertei-

lung zuständige Dienststelle ist für die Aufbewahrung der Vergabeunterlagen verantwortlich. Der abschließende Vergabevermerk ist durch die Bedarfsstelle bzw. Sondervergabestelle zu fertigen.

6.2 Ausschreibungsverfahren

- (1) Für Öffentliche und Beschränkte Ausschreibungen (Offene Verfahren und Nichtoffene Verfahren), Wettbewerbliche Dialoge, Öffentliche Teilnahmewettbewerbe sowie Freihändige Vergaben und Verhandlungsverfahren über der in Anlage 3 genannten Wertgrenze werden die Ausschreibungsunterlagen mit Ausschreibungstexten, Leistungsverzeichnissen, Mengengerüsten etc. in Papier- und elektronischer Form an die Servicestelle Verdingung übersandt.
- (2) Öffentliche Ausschreibungen (Offene Verfahren), Beschränkte Ausschreibungen (Nichtoffene Verfahren), Freihändige Vergaben (Verhandlungsverfahren) mit Öffentlichem Teilnahmewettbewerb und Wettbewerbliche Dialoge sind von der Servicestelle Verdingung im Amtsblatt für Veröffentlichungen der Stadt Mannheim, ggf. zusätzlich in Fachzeitschriften und - sofern die jeweils festgelegten Schwellenwerte überschritten werden - im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften zu veröffentlichen. Ein Belegexemplar der Veröffentlichung ist zu den Ausschreibungsunterlagen zu nehmen. Zusätzlich erfolgt die Veröffentlichung auf der von der Stadt Mannheim genutzten elektronischen Vergabeplattform.
- (3) Von den Möglichkeiten zur wesentlichen Abkürzung von Fristen bei europaweiten Ausschreibungen durch nicht verbindliche Bekanntmachung (Vorinformation) ist Gebrauch zu machen.
- (4) Für die Bewerbung und die Abgabe der Angebote sind angemessene Fristen zu setzen. Die in Vergabe- und Vertragsordnungen angegebenen Fristen sind mindestens einzuhalten.
- (5) Bei der Erstellung der Ausschreibungen sind die jeweiligen in der Anlage 8 aufgeführten Bewerbungsbedingungen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten und zu verwenden.

Den Ausschreibungen sind die in der Anlage 8 aufgeführten Zusätzlichen Vertragsbedingungen zur VOL bzw. VOB in der jeweils geltenden Fassung zu Grunde zu legen.

Die einzelnen Zusätzlichen Technischen Vorschriften der Stadt Mannheim sind zu beachten und gegebenenfalls zum Gegenstand der Ausschreibung zu machen.

- (6) Bei Verträgen mit freiberuflich Tätigen sind die jeweiligen in der Anlage 8 aufgeführten Allgemeinen Vertragsbestimmungen der Stadt Mannheim zu den Verträgen mit freiberuflich Tätigen in der jeweils geltenden Fassung zu Grunde zu legen.

6.3 Beschränkte Ausschreibung

Bei Beschränkten Ausschreibungen sollen die Bedarfsstellen bzw. die Sondervergabestellen mindestens fünf leistungsfähige und fachkundige Bewerber aus der zentralen Firmendatenbank auswählen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, wobei der Bewerberkreis möglichst ständig zu wechseln ist. Die Öffentliche Ausschreibung dieser Aufträge ist nicht ausgeschlossen.

Aufträge bis zur in Anlage 3 angegebenen Wertgrenze können beschränkt ausgeschrieben werden.

6.4 Freihändige Vergabe bis zur Wertgrenze

- (1) Freihändige Vergaben dürfen bis zur in Anlage 3 angegebenen Wertgrenze durchgeführt werden, soweit nicht ein förmliches Ausschreibungsverfahren (Öffentliche oder Beschränkte Ausschreibung) zweckmäßiger ist.
- (2) Bei Freihändigen Vergaben mit Ausnahme freiberuflicher Leistungen dürfen nur Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, die in der zentralen Firmendatenbank geführt werden.
- (3) Bei Aufträgen bis zur in Anlage 3 angegebenen Wertklasse I sollen im Regelfall mindestens drei Angebote eingeholt oder Preisumfragen durchgeführt werden, wobei der Bewerberkreis möglichst ständig zu wechseln ist.

Direktvergaben können bis zu der in der Anlage 3 angegebenen Wertgrenze unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ohne ein Vergabeverfahren vorgenommen werden.

- (4) Bei Aufträgen bis zur in Anlage 3 angegebenen Wertklasse II **sind** mindestens drei **schriftliche** Angebote einzuholen oder Preisumfragen durchzuführen, wobei der Bewerberkreis möglichst ständig zu wechseln ist.
- (5) Die zuständigen Dienststellen dürfen E-Mail- und Telefaxangebote zulassen. Hierüber sind die aufgeforderten Firmen zu informieren.
- (6) Bei Einholung von Angeboten und bei der Auftragserteilung wird empfohlen, die über das Intranet der Stadt Mannheim auf der Vergabeseite bereitgestellten Vordrucke zu verwenden.
- (7) Die Absätze 1 bis 4 sind auf Verhandlungsverfahren entsprechend anzuwenden.

6.5 Ausnahmen

- (1) Soll bei der Vergabe von Leistungen im Sinne von § 1 VOL/A und § 1 VOB/A vom Grundsatz der Öffentlichen Ausschreibung (Offenes Verfahren) bzw. von den Wertgrenzen gemäß Anlage 3 abgewichen werden, so ist vor Eintritt in das Vergabeverfahren unter Darlegung der Gründe die Zustimmung des für Aufträge in dieser Höhe Zeichnungsberechtigten der Servicestellen Vergabe und Verdingung bzw. der Sondervergabestellen einzuholen.

Ist die Einholung mehrerer Angebote gemäß Ziffer 6.4 Abs. 4 nicht möglich, ist eine schriftliche Begründung vor Auftragserteilung dem Vorgang beizufügen; dies gilt nicht für Leistungen, die von der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) oder sonstigen Gebührenordnungen erfasst sind.

Bei der Vergabe von freiberuflichen Leistungen unterhalb des Schwellenwertes sind das Verfahren und die Einbindung der jeweils Zeichnungsberechtigten entsprechend zu dokumentieren.

- (2) Bevor Bauleistungen ausnahmsweise beschränkt ausgeschrieben oder freihändig vergeben werden, ist zu prüfen, ob im Fall der Beschränkten Ausschreibung oder

der Freihändigen Vergabe (Verhandlungsverfahren) jeweils ein Öffentlicher Teilnahmewettbewerb vorzuschalten ist. Hiernach sind mindestens fünf Bieter zur Angebotsabgabe aufzufordern.

6.6 Wertung der Angebote

- (1) Bei der Wertung der Angebote ist vom Prinzip der Wirtschaftlichkeit auszugehen. Die Wirtschaftlichkeit ist in der Regel dann als gegeben anzusehen, wenn durch die Güte der Ware bzw. die angebotene Ausführung der angestrebte Zweck in vollem Umfang erreicht wird. Die Vorschriften über die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber sind zu beachten. Wird nicht das niedrigste Angebot gewählt, sind die Gründe im Vergabevermerk zu erläutern.
- (2) Die Ausschlussgründe der jeweiligen Vergabe- und Vertragsordnungen sind zu beachten.
- (3) Die vorstehenden Absätze gelten auch für Änderungsvorschläge und Nebenangebote, soweit diese in der Ausschreibung nicht ausdrücklich ausgeschlossen waren.
- (4) Schriftlich zu dokumentieren ist insbesondere die Wertung aller Neben- und Alternativangebote bzw. -vorschläge.

6.7 Auftragserteilung

- (1) Der Auftrag darf nur an einen Bieter erteilt werden, der am Verfahren beteiligt war und nicht vom Verfahren ausgeschlossen wurde.
- (2) Alle Aufträge sind schriftlich zu erteilen. Nur in Ausnahmefällen bei Vorliegen von triftigen Gründen dürfen sie mündlich erteilt werden, sie müssen unverzüglich schriftlich bestätigt werden. Die Bedarfsstellen sind von der Auftragserteilung zu unterrichten.
- (3) Die Vertragsbedingungen sowie die Lieferungs- und Preisvereinbarungen (Rabatte, Skonti) für den jeweiligen Einzelfall müssen bei Auftragserteilung eindeutig schriftlich festgelegt werden.

6.8 Auftragsänderung

(1) EU-weite Verfahren

Wird bei einem Auftrag, der im Rahmen eines EU-weiten Verfahrens (offenes Verfahren / nichtoffenes Verfahren / Verhandlungsverfahren) vergeben wurde, der Bedarfsstelle das Erfordernis einer Auftragsänderung bekannt, so hat sie unverzüglich den Sachverhalt der Servicestelle Vergabe bzw. der jeweils zuständigen Sondervergabestelle bekanntzugeben. Das weitere Vorgehen wird sodann von der Servicestelle Vergabe bzw. der jeweils zuständigen Sondervergabestelle festgelegt.

(2) Nationale Verfahren

Wird bei einem Auftrag, der im Rahmen eines nationalen Verfahrens vergeben wurde, der Bedarfsstelle das Erfordernis einer Auftragsänderung bekannt, so hat sie dieses unter Bezug auf den Hauptauftrag unter Angabe aller bisherigen Änderungen der Servicestelle Vergabe bzw. der jeweils zuständigen Sondervergabestelle schriftlich mitzuteilen. Die Servicestelle Vergabe bzw. die jeweils zuständige Sondervergabestelle fertigt sodann die Ergänzungsvereinbarung.

(3) Freihändige Vergaben unter 20.000 € netto

Wird bei einem Auftrag, der im Rahmen einer Freihändigen Vergabe unter 20.000 € netto von der Bedarfsstelle bzw. jeweils zuständige Sondervergabestelle selbst vergeben wurde, das Erfordernis einer Auftragsänderung bekannt, so fertigt die Bedarfsstelle bzw. jeweils zuständige Sondervergabestelle selbst die Ergänzungsvereinbarung, auch wenn dadurch der Wert von 20.000 € netto überschritten wird. In Bezug auf die Zeichnungsbefugnis ist Abs. 4 Buchst. a zu beachten.

(4) Bei sämtlichen Auftragsänderung gilt folgendes:

- (a) Die bei Auftragsänderungen erforderlichen Ergänzungsvereinbarungen sind von der zuständigen Stelle unter Beachtung der Zuständigkeitsordnung bzw. der jeweiligen Betriebssatzungen in schriftlicher Form abzuschließen.
- (b) Die Angemessenheit der Preise ist in allen Fällen (ausgenommen freiberufliche Leistungen) nachzuweisen (grundsätzlich durch Vorlage von Kalkulations- und Preisunterlagen) und zu bescheinigen.
- (c) Ohne schriftliche Ergänzungsvereinbarung können einmalig Änderungen des Auftrages in der Gesamtsumme bis zu einem in der Anlage 3 genannten Betrag abgewickelt werden. Das berührt nicht die Pflicht, bei Überschreitung der Grenze

nach der Hauptsatzung bzw. den jeweiligen Betriebssatzungen einen Beschluss des zuständigen gemeinderätlichen Ausschusses herbeizuführen.

- (d) Bei Mengenerhöhungen wird je Hauptauftrag eine Überschreitung bis zu 10 v. H. (VOB-Bereich) und bis zu 20 v. H. (VOL-Bereich und freiberuflicher Bereich) zu der Auftragssumme zugelassen, ohne dass hierfür Ergänzungsvereinbarungen angefertigt werden müssen. Das berührt nicht die Pflicht, bei Überschreitung der Grenze nach der Hauptsatzung bzw. den jeweiligen Betriebssatzungen einen Beschluss des zuständigen gemeinderätlichen Ausschusses herbeizuführen.

7. Überwachung der Lieferungen, Leistungen und Bauleistungen

- (1) Die Bedarfsstelle bzw. Sondervergabestelle hat für Lieferungen und Leistungen die quantitative und qualitative Prüfung durchzuführen und das Ergebnis entsprechend zu bescheinigen. Mängel sind sofort der Servicestelle Vergabe bzw. der Sondervergabestelle anzuzeigen, wenn diese Stellen bei der Vergabe beteiligt waren. Proben und Muster sind sorgsam aufzubewahren, damit sie gegebenenfalls zur Nachprüfung der Lieferung herangezogen werden können.
- (2) Erfolgt die Lieferung nicht vertragsgemäß, ist sie zurückzuweisen oder nur unter Vorbehalt anzunehmen. Für Leistungen gilt sinngemäß das Gleiche.
- (3) Bei der Abwicklung von Baumaßnahmen gelten die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsanweisung für die Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung von Bauvorhaben (GA-BAU).
- (4) Die Gewährleistungsansprüche sind von der Bedarfsstelle zu bearbeiten.

8. Evaluation

Um die Qualität der Vergabe- und Beschaffungsprozesse zu sichern, wird das Vergabewesen der Stadt Mannheim regelmäßig evaluiert. Neben der Recht- und Ordnungsmäßigkeit des Vergabewesens steht dabei die Effizienz der Organisation und der Arbeitsabläufe im Vordergrund. Die Evaluation erfolgt in einem objektivierten (von der Vergabekommission vorgegebenen) Verfahren nach explizit auf den Sachverhalt be-

zogenen und begründeten Kriterien. Stadtweit wird diese Evaluation regelmäßig durch das Rechnungsprüfungsamt durchgeführt. Die Ergebnisse sind über die AG Vergabe der Vergabekommission vorzulegen.

9. Schlussbestimmungen

Die Vergabeordnung tritt zum 1. Januar 2017 in Kraft.

Die bisherige Fassung der Vergabeordnung (Stand 01/2016) sowie alle entgegenstehenden Vorschriften in Dienst- und Geschäftsanweisungen verlieren hiermit ihre Gültigkeit.

Mannheim, den 08.12.2016



Dr. Peter Kurz
Oberbürgermeister

Übersicht über stadtweite Zuständigkeiten der Bedarfsstellen

Ergänzend zu den stadtweit gültigen Zuständigkeiten (Zuständigkeitsordnung usw.) und den Zuständigkeiten der Sondervergabestellen gemäß Anlage 9 sind die nachstehenden Bedarfe, die mehrere Dienststellen betreffen, ausschließlich von der jeweils unten genannten Stelle nach den Vorschriften der VergO zu beschaffen und gegebenenfalls zu bündeln.

Werden von der Servicestelle Vergabe gemäß Nr. 1.3 Abs. 3 Bündelungsbedarfe festgestellt für die bisher keine Zuständigkeit bestimmt ist, dann gilt der Fachbereich Bauverwaltung als nachstehend für diese Bedarfe benannt. Dies gilt bei Beschaffungsvorhaben, die in Kooperation mit der EKVeG durchgeführt werden, auch für Bedarfe ohne Bündelung. Die fachliche Mitwirkung erfolgt durch die betroffene/n Bedarfsstelle/n.

Stabstelle Presse / Kommunikation

1. Öffentliche Bekanntmachungen und Ausschreibungen im Amtsblatt

11 Fachbereich Personal

1. Arbeitsmedizinische Leistungen

15 Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen

1. Vervielfältigungen (nicht Lehr- und Lernmittel)

17 Fachbereich Organisations- und Personalentwicklung

1. Organisationsuntersuchungen

19 Fachbereich Internationales, Integration und Protokoll

1. Repräsentationsaufwand, Ehrengaben

30 Rechtsamt

1. Versicherungsverträge ausgenommen Kfz-Versicherungen
2. Beauftragung von Rechtsanwälten zur Vertretung der Stadt in Rechtsstreitigkeiten und zur Erstattung von Rechtsgutachten¹

¹ Nach vorheriger Abstimmung mit Amt 30 kann in Fachdienststellen mit vorhandenen juristischen Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeitern bei Prozessen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit ihren Fachaufgaben stehen, hiervon abgesehen werden.

37 Feuerwehr- und Katastrophenschutz

1. Brandschutzprodukte

40 Fachbereich Bildung

1. Lehr- und Lernmittel (insbesondere Schulbücher etc.)

60 Fachbereich Bauverwaltung

1. Bürobedarf, -maschinen und -geräte (soweit nicht Aufgabe einer Sondervergabestelle)
2. Drucksachen
3. Stempel und Siegel
4. Arbeits-, Schutz- und Sicherheitskleidung (ausgenommen Feuerwehrbekleidung) sowie Reinigung von Schutzkleidung
5. Wärme-, Kälte-, Sanitär-, Elektro- sowie sonstige technische Artikel einschließlich Geräte und Maschinen sowie Betriebsmittel (ohne Treibstoffe)
6. Ausstattung von Grün-, Sport und Spielplatzanlagen sowie Gärtnereibedarf aller Art
7. Verkehrssignalanlagen, Verkehrszeichen und -einrichtungen
8. Ausstattung von und Verbrauchsmaterialien für Werkstätten und Labors (ohne Schulen)
9. Hygieneartikel einschließlich Spendern (z.B. Seifen, Hygienepapiere, Hautschutzprodukte, Windeln) und Reinigungsartikel
10. Reinigung von Benzin- und Fettabseidern
11. Postdienstleistungen

62 Fachbereich Geoinformation und Vermessung

1. Vermessungstechnische Dienstleistungen

70 Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

1. Abfallbehälter
2. Abfallbeseitigung, Wiederverwertung von Abfällen
3. Kraftfahrzeuge, Anhänger und Kfz-Ersatzteile aller Art, ausgenommen Feuerwehrspezialfahrzeuge und Einsatzfahrzeuge der Ordnungsverwaltung²

² Die Notwendigkeit der Bündelung und zentralen Beschaffung der verschiedenen Kfz-Kategorien stellt die AG Vergabe auf Vorschlag des EB 70 jeweils fest.

4. Kfz–Versicherungen ausgenommen Amt 37
5. Entrümpelung städt. Grundstücke
6. Winterdienstleistungen
7. Streugut jeder Art
8. Straßenreinigung einschl. Gehwegen

Unabhängig davon können die Bedarfsstellen bei Kfz-Beschaffungen jeweils den Service des Eigenbetriebs in Anspruch nehmen.

Ausnahmen

Die Vergabeordnung gilt insbesondere nicht für

- Käufe von Kunst- und Sammlungsgegenständen sowie Archivgut
- Miet- und Pachtverträge für Räume und Grundstücke, sonstige Überlassung unbebauter Grundstücke
- Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten
- Verträge über künstlerische Leistungen
- Arbeitsverträge (- Anlage 4 ist zu beachten)
- Schiedsgerichts- und Schlichtungsleistungen
- Auslobung von Wettbewerben (nicht Mehrfachbeauftragungen)
- Rechtsberatungsleistungen unterhalb der EU-Schwellenwerte (Anlage 1 bleibt unberührt)
- Preisgebundene Artikel (z.B. Bücher)

Städtische Wertgrenzen

Direktvergaben (Nr. 6.4 VergO)

Direktvergaben sind zulässig bis zu einem Betrag von 1.000 € (ohne Umsatzsteuer).

Freihändige Vergaben (Nr. 6.1 Abs. 3 und Nr. 6.4 VergO)

Die Wertgrenze für Freihändige Vergaben beträgt im VOL- und VOB-Bereich 20.000 € (ohne Umsatzsteuer) und liegt für freiberufliche Leistungen, die nicht beschreibbar sind, beim jeweiligen EU-Schwellenwert.

Die Beträge für die Wertklassen im Sinne der Nr. 6.4 VergO sind:

- **Wertklasse I:**

Im VOL- und VOB-Bereich und für freiberufliche Leistungen:
bis 10.000 € (ohne Umsatzsteuer)

- **Wertklasse II:**

- Im VOL- und VOB-Bereich: über 10.000 € bis 20.000 € (jeweils ohne Umsatzsteuer)
- Für freiberufliche Leistungen: über 10.000 € (ohne Umsatzsteuer) bis zum jeweiligen EU-Schwellenwert

Beschränkte Ausschreibung (Nr. 6.1 Abs. 3 und Nr. 6.3 VergO)

Die Wertgrenze für Beschränkte Ausschreibungen beträgt im VOL- Bereich 50.000 € (ohne Umsatzsteuer).

Im VOB-Bereich gelten die Wertgrenzen gemäß § 3 VOB/A.

Ergänzungsvereinbarungen (Nr. 6.8 Abs. 4c VergO)

Die Wertgrenze für nicht schriftliche Ergänzungsvereinbarungen (Nr. 6.8 Abs. 4c) beträgt 5.000 € (ohne Umsatzsteuer).

Pflicht zur Beteiligung von mindestens zwei Personen (Nr. 6.1 Abs. 9 VergO)

Die Wertgrenze für die Pflicht zur Beteiligung von mindestens zwei Personen (im Sinne von Nr. 6.1 Abs. 9 VergO) beträgt 5.000 € (ohne Umsatzsteuer).

Unterzeichnung von Aufträgen und Ergänzungsvereinbarungen (Nr. 1.3 Abs. 7 VergO)

Für die Unterzeichnung der Aufträge sowie der Ergänzungsvereinbarungen bei Auftragsänderungen ist, abweichend von den Betragsgrenzen der Zuständigkeitsordnung, bis 20.000 € Gesamtauftragswert (ohne Umsatzsteuer) die Dienststellenleitung der jeweiligen den Auftrag vergebenden Stelle zuständig. Delegationen dieses Befugnis sind zulässig. Sie sind schriftlich einschließlich einer Unterschrift der/des Bevollmächtigten zu dokumentieren und Stellen, die ein berechtigtes Interesse daran haben, auf Anfrage zur Kenntnis zu geben.

Wirtschaftsmodell Schule

Die Wertgrenzen des Wirtschaftsmodells Schule bleiben von den Wertgrenzen dieser Anlage unberührt.

Reparatur- und Wartungsaufträge

Reparatur- und Wartungsaufträge im VOL-Bereich und im VOB-Bereich bis zur Höhe der Wertgrenze für Freihändige Vergaben werden von der jeweiligen Bedarfsstelle erteilt, sofern nicht stadtweite Zuständigkeiten (insbesondere Anlage 1) begründet sind.

Wird die in Satz 1 festgelegte Wertgrenze überschritten, werden die Reparatur- und Wartungsaufträge von der Servicestelle Vergabe bzw. der Sondervergabestelle erteilt, die für die Beschaffung (Kauf, Miete, Mietkauf, Leasing etc.) der betreffenden Gegenstände zuständig ist. Wartungsverträge für Leistungen sollen grundsätzlich gleichzeitig mit dem Hauptauftrag ausgeschrieben und gleichzeitig vergeben werden.

Abgrenzung Arbeitnehmerüberlassung – Werkvertrag

Arbeitgeber, die Dritten Arbeitnehmer gewerbsmäßig zur Arbeitsleistung überlassen, bedürfen gemäß § 1 Abs. 1 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) in der Fassung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158), zuletzt geändert durch Art. 26 des Gesetzes vom 20.12.2011 (BGBl. I S. 2854) der Erlaubnis. Besitzt der Verleiher nicht die erforderliche Genehmigung, liegt eine unerlaubte Arbeitnehmerüberlassung vor und der Arbeitsvertrag zwischen Verleiher und Leiharbeiter ist nach § 9 Nr. 1 AÜG unwirksam. In diesem Fall gilt ein Arbeitsverhältnis zwischen dem Entleiher (hier: Stadt Mannheim) und dem Leiharbeiter als zustande gekommen (Fiktion).

Der für die rechtliche Einordnung des Vertragsverhältnisses entscheidende Geschäftsinhalt kann sich sowohl aus den schriftlichen Vereinbarungen als auch aus der praktischen Durchführung der Verträge ergeben. Widersprechen sich schriftliche Vereinbarung und ihre tatsächliche Durchführung, so ist die tatsächliche Durchführung für die Ermittlung des Vertragstyps maßgebend.

Entsprechend der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts ist auf nachfolgende Kriterien für die Ermittlung des jeweiligen Vertragstyps abzustellen:

Indizien für das Vorliegen einer Arbeitnehmerüberlassung:

- Verleiher überlässt dem Entleiher geeignete Arbeitskräfte, die der Entleiher nach eigenen betrieblichen Erfordernissen einsetzen kann (= Arbeitnehmerüberlassung ist ausschließlicher Vertragszweck)
- Die Anzahl sowie die fachliche Qualifikation der zum Einsatz gelangenden Leiharbeiter ist vertraglich festgelegt.
- Eingliederung der Leiharbeiter in die Betriebsorganisation des Entleihers (hier bei der Stadt Mannheim):
 - Leiharbeitskräfte unterstehen der Aufsicht und Weisung städtischer Arbeitnehmer
 - Einsatz erfolgt in fest vorgegebenen Arbeitsabläufen (z. B. Mitarbeit in städtischer Arbeitskolonne)
 - Arbeiten werden mit städtischem Material verrichtet
 - Arbeiten werden in gleicher Weise von städtischen Stammarbeitnehmern ausgeführt
 - Arbeitszeit richtet sich nach den städtischen Regelungen
 - Arbeitsplatz wird in städtischen Räumen zur Verfügung gestellt
 - Urlaubszeiten werden abgestimmt; Anzeige von Fehlzeiten
 - Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung
- Vergütung erfolgt nach der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden

Indiz für das Vorliegen eines Werkvertrages

- Der Arbeitnehmereinsatz ist Mittel zur Verfolgung eines weitergehenden Zweckes, d. h. bei einem Werkvertrag wird der Werkunternehmer für einen anderen, hier: Stadt Mannheim, tätig und organisiert die zur Erreichung eines abgrenzbaren wirtschaftlichen Erfolges erforderlichen Handlungen nach eigenen betrieblichen Vorstellungen.
- Das unternehmerische Risiko liegt beim Werkunternehmer.
- Der Werkunternehmer bzw. sein Erfüllungsgehilfe ist nicht in den Betrieb des Bestellers eingegliedert.
- Das Weisungsrecht gegenüber den im Betrieb des Bestellers eingesetzten Arbeitnehmern obliegt ausschließlich dem Werkunternehmer.
- Die Vergütung erfolgt nach Abnahme des Werkes.



Vergabenummer

Erklärung zur Nicht-Verwendung der „Technologie nach L. Ron Hubbard“ (Scientology-Schutzklausel)

1. Der Auftragnehmer versichert,
 - a) dass er/die Geschäftsleitung gegenwärtig sowie während der gesamten Vertragsdauer die "Technologie nach L. Ron Hubbard" nicht anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet und keine Kurse und/oder Seminare nach dieser "Technologie" besucht und er/sie seine/ihre Mitarbeiter keine Kurse/Seminare nach dieser "Technologie" besuchen lässt;
 - b) dass nach seiner Kenntnis bzw. nach Kenntnis der Geschäftsleitung keine seiner/ihrer Mitarbeiter oder sonst zur Erfüllung des Vertrages eingesetzten Personen die "Technologie von L. Ron Hubbard" anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet oder Kurse und/oder Seminare nach dieser "Technologie" besucht.
2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, solche Mitarbeiter oder sonst zur Erfüllung des Vertrages eingesetzte Personen von der weiteren Durchführung des Vertrags unverzüglich auszuschließen, die während der Vertragsdauer die "Technologie von L. Ron Hubbard" anwenden, lehren, in sonstiger Weise verbreiten oder Kurse/Seminare nach dieser "Technologie" besuchen.
3. Die Unwahrheit der Erklärung oder eines Teils der Erklärung in Nummer 1 sowie der Verstoß gegen die Verpflichtung in Nummer 2 berechtigt den Auftraggeber zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist. Weitergehende Rechte bleiben unberührt.

**Diese Erklärung ist Bestandteil des Angebots und
wird bei Beauftragung Vertragsbestandteil.**

Niederschrift über die Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz

Verhandelt

Mannheim, den.....

Vor der/m Unterzeichneten erschien heute zum Zwecke

der Verpflichtung

nach § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 547), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942)

Frau/Herr

.....
Die/Der Erschienene wurde auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer/seiner Obliegenheiten verpflichtet. Ihr/Ihm wurde der Inhalt (voller Wortlaut) der folgenden Strafvorschriften des Strafgesetzbuches bekannt gegeben:

§ 133 Abs. 3	Verwahrungsbruch
§ 201 Abs. 3	Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes
§ 203 Abs. 2, 4, 5	Verletzung von Privatgeheimnissen
§ 204	Verwertung fremder Geheimnisse
§§ 331, 332	Vorteilsannahme, Bestechlichkeit
§ 353b	Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht
§ 358	Nebenfolgen
*§ 97b Abs. 2	Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses i. V. m. §§ 94 bis 97
*§ 120 Abs. 2	Gefangenenbefreiung
*§ 355	Verletzung des Steuergeheimnisses

Die/Der Erschienene wurde darauf hingewiesen, dass die vorgenannten Strafvorschriften auf Grund der Verpflichtung für sie/ihn anzuwenden sind.

Sie/Er erklärt, nunmehr von dem Inhalt der genannten Bestimmungen unterrichtet zu sein. Sie/Er unterzeichnet dieses Protokoll nach Vorlesung zum Zeichen der Genehmigung und bestätigt gleichzeitig den Empfang einer Abschrift der Niederschrift und der oben genannten Vorschriften.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

.....
(Unterschrift der/des Verpflichtenden)

.....
(Unterschrift der/des Verpflichteten)

Merkblatt für die Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz

Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) i. d. F. vom 15.08.1974

- § 1
- (1) Auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten soll verpflichtet werden, wer, ohne Amtsträger (§ 11 Abs. 1 Nr. 2 des Strafgesetzbuches) zu sein,
1. bei einer Behörde oder bei einer sonstigen Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, beschäftigt oder für sie tätig ist.
 2. bei einem Verband oder sonstigen Zusammenschluss, einem Betrieb oder Unternehmen, die für eine Behörde oder sonstige Stelle Aufgaben der öffentlichen Verwaltung ausführen, beschäftigt oder für sie tätig ist oder
 3. als Sachverständiger öffentlich bestellt ist.
- (2) Die Verpflichtung wird mündlich vorgenommen. Dabei ist auf die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung hinzuweisen.
- (3) Über die Verpflichtung wird eine Niederschrift aufgenommen, die der Verpflichtete mit unterzeichnet. Er erhält eine Abschrift der Niederschrift; davon kann abgesehen werden, wenn dies im Interesse der inneren oder äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland geboten ist.
- ...

- § 2
- (1) Wer, ohne Amtsträger zu sein, auf Grund des § 1 der Verordnung gegen Bestechung und Geheimnisverrat nichtbeamteter Personen in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 351) förmlich verpflichtet worden ist, steht einem nach § 1 Verpflichteten gleich.
- (2) Wer, ohne Amtsträger zu sein,
1. als Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes nach einer tarifrechtlichen Regelung oder
 2. auf Grund eines Gesetzes oder aus einem sonstigen Rechtsgrund zur gewissenhaften Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet worden ist, steht einem nach § 1 Verpflichteten gleich, wenn die Voraussetzungen des § 1 Abs. 2 erfüllt sind.
- ...

§ 4

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1975 in Kraft. § 1 Abs. 4 tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB) i. d. F. vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 06. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2557)

§ 133 Verwahrungsbruch

- (1) Wer Schriftstücke oder andere bewegliche Sachen, die sich in dienstlicher Verwahrung befinden oder ihm oder einem anderen dienstlich in Verwahrung gegeben worden sind, zerstört, beschädigt, unbrauchbar macht oder der dienstlichen Verfügung entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Dasselbe gilt für Schriftstücke oder andere bewegliche Sachen, die sich in amtlicher Verwahrung einer Kirche oder anderen Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts befinden oder von dieser dem Täter oder einem anderen amtlich in Verwahrung gegeben worden sind.
- (3) Wer die Tat an einer Sache begeht, die ihm als Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten anvertraut worden oder zugänglich geworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes

- (1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unbefugt
1. das nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen auf einen Tonträger aufnimmt oder
 2. eine so hergestellte Aufnahme gebraucht oder einem Dritten zugänglich macht.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt
1. das nicht zu seiner Kenntnis bestimmte nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen mit einem Abhörgerät abhört oder
 2. das nach Absatz 1 Nr. 1 aufgenommene oder nach Absatz 2 Nr. 1 abgehörte nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen im Wortlaut oder seinem wesentlichen Inhalt nach öffentlich mitteilt.

Die Tat nach Satz 1 Nr. 2 ist nur strafbar, wenn die öffentliche Mitteilung geeignet ist, berechnete Interessen eines anderen zu beeinträchtigen. Sie ist nicht rechtswidrig, wenn die öffentliche Mitteilung zur Wahrnehmung überragender öffentlicher Interessen gemacht wird.

- (3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer als Amtsträger oder als für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter die Vertraulichkeit des Wortes verletzt (Absätze 1 und 2).
- (4) Der Versuch ist strafbar.
- (5) Die Tonträger und Abhörgeräte, die der Täter oder Teilnehmer verwendet hat, können eingezogen werden. § 74a ist anzuwenden.

§ 203 Verletzung von Privatgeheimnissen

- (1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als
1. Arzt, Zahnarzt, Tierarzt, Apotheker oder Angehörigen eines anderen Heilberufs, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert,
 2. Berufspsychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung,
 3. Rechtsanwalt, Patentanwalt, Notar, Verteidiger in einem gesetzlich geordneten Verfahren, Wirtschaftsprüfer, vereidigtem Buchprüfer, Steuer-

StGB § 11 Personen- und Sachbegriffe

- (1) Im Sinne dieses Gesetzes ist
- ...
2. Amtsträger:
wer nach deutschem Recht
- a) Beamter oder Richter ist,
 - b) in einem sonstigen öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis steht oder
 - c) sonst dazu bestellt ist, bei einer Behörde oder bei einer sonstigen Stelle oder in deren Auftrag Aufgaben der öffentlichen Verwaltung unbeschadet der zur Aufgabenerfüllung gewählten Organisationsform wahrzunehmen;
3. Richter:
wer nach deutschem Recht Berufsrichter oder ehrenamtlicher Richter ist;
4. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter:
wer, ohne Amtsträger zu sein,
- a) bei einer Behörde oder bei einer sonstigen Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, oder
 - b) bei einem Verband oder sonstigen Zusammenschluss, Betrieb oder Unternehmen, die für eine Behörde oder für eine sonstige Stelle Aufgaben der öffentlichen Verwaltung ausführen, beschäftigt oder für sie tätig und auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten auf Grund eines Gesetzes förmlich verpflichtet ist;
- ...

erberater, Steuerbevollmächtigten oder Organ oder Mitglied eines Organs einer Rechtsanwalts-, Patentanwalts-, Wirtschaftsprüfungs-, Buchprüfungs- oder Steuerberatungsgesellschaft,

4. Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberater sowie Berater für Suchtfragen in einer Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist.

4a Mitglied oder Beauftragten einer anerkannten Beratungsstelle nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes,

5. staatlich anerkanntem Sozialarbeiter oder staatlich anerkanntem Sozialpädagogen oder

6. Angehörigen eines Unternehmens der privaten Kranken-, Unfall- oder Lebensversicherung oder einer privatärztlichen, steuerberaterlichen oder anwaltlichen Verrechnungsstelle

anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als

1. Amtsträger,
 2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten,
 3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt,
 4. Mitglied eines für ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes tätigen Untersuchungsausschusses, sonstigen Ausschusses oder Rates, das nicht selbst Mitglied des Gesetzgebungsorgans ist, oder als Hilfskraft eines solchen Ausschusses oder Rates,
 5. öffentlich bestelltem Sachverständigen, der auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten auf Grund eines Gesetzes förmlich verpflichtet worden ist, oder
 6. Person, die auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Geheimhaltungspflicht bei der Durchführung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben auf Grund eines Gesetzes förmlich verpflichtet worden ist,
- anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist. Einem Geheimnis im Sinne des Satzes 1 stehen Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse eines anderen gleich, die für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung erfasst worden sind; Satz 1 ist jedoch nicht anzuwenden, soweit solche Einzelangaben anderen Behörden oder sonstigen Stellen für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung bekanntgegeben werden und das Gesetz dies nicht untersagt.
- (2a) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn ein Beauftragter für den Datenschutz unbefugt ein fremdes Geheimnis im Sinne dieser Vorschriften offenbart, das einem in den Absätzen 1 und 2 Genannten in dessen beruflicher Eigenschaft anvertraut worden oder sonst bekannt geworden ist und von dem er bei der Erfüllung seiner Aufgaben als Beauftragter für den Datenschutz Kenntnis erlangt hat.
- (3) Einem in Absatz 1 Nr. 3 genannten Rechtsanwalt stehen andere Mitglieder einer Rechtsanwaltskammer gleich. Den in Absatz 1 und Satz 1 Genannten stehen ihre berufsmäßig tätigen Gehilfen und die Personen gleich, die bei ihnen zur Vorbereitung auf den Beruf tätig sind. Den in Absatz 1 und den in Satz 1 und 2 Genannten steht nach dem Tod des zur Wahrung des Geheimnisses Verpflichteten ferner gleich, wer das Geheimnis von dem Verstorbenen oder aus dessen Nachlass erlangt hat.

- (4) Die Absätze 1 bis 3 sind auch anzuwenden, wenn der Täter das fremde Geheimnis nach dem Tod des Betroffenen unbefugt offenbart.
- (5) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe.

§ 204 Verwertung fremder Geheimnisse

- (1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, zu dessen Geheimhaltung er nach § 203 verpflichtet ist, verwertet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) § 203 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 331 Vorteilsannahme

- (1) Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der für die Dienstausübung einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Ein Richter oder Schiedsrichter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine richterliche Handlung vorgenommen hat oder künftig vornehmen wird, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar.
- (3) Die Tat ist nicht nach Absatz 1 strafbar, wenn der Täter einen nicht von ihm geforderten Vorteil sich versprechen lässt oder annimmt und die zuständige Behörde im Rahmen ihrer Befugnisse entweder die Annahme vorher genehmigt hat oder der Täter unverzüglich bei ihr Anzeige erstattet und sie die Annahme genehmigt.

§ 332 Bestechlichkeit

- (1) Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehmen und dadurch seine Dienstpflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe.
- (2) Ein Richter oder Schiedsrichter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine richterliche Handlung vorgenommen hat oder künftig vornehmen und dadurch seine richterlichen Pflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.
- (3) Falls der Täter den Vorteil als Gegenleistung für eine künftige Handlung fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, so sind die Absätze 1 und 2 schon dann anzuwenden, wenn er sich dem anderen gegenüber bereit gezeigt hat,
1. bei der Handlung seine Pflichten zu verletzen oder,
 2. soweit die Handlung in seinem Ermessen steht, sich bei Ausübung des Ermessens durch den Vorteil beeinflussen zu lassen.

§ 353b Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht

- (1) Wer ein Geheimnis, das ihm als
1. Amtsträger,
 2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder
 3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt,
- anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist, unbefugt offenbart und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Hat der Täter durch die Tat fahrlässig wichtige öffentliche Interessen gefährdet, so wird er mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Wer, abgesehen von den Fällen des Absatzes 1, unbefugt einen Gegenstand oder eine Nachricht, zu deren Geheimhaltung er
1. auf Grund des Beschlusses eines Gesetzgebungsorgans des Bundes oder eines Landes oder eines seiner Ausschüsse verpflichtet ist oder
 2. von einer anderen amtlichen Stelle unter Hinweis auf die Strafbarkeit der Verletzung der Geheimhaltungspflicht förmlich verpflichtet worden ist,
- an einen anderen gelangen lässt oder öffentlich bekanntmacht und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (3) Der Versuch ist strafbar.
- (4) Die Tat wird nur mit Ermächtigung verfolgt. Die Ermächtigung wird erteilt
1. von dem Präsidenten des Gesetzgebungsorgans
 - a) in den Fällen des Absatzes 1, wenn dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit bei einem oder für ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes bekanntgeworden ist,
 - b) in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 1;
 2. von der obersten Bundesbehörde
 - a) in den Fällen des Absatzes 1, wenn dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit sonst bei einer oder für eine Behörde oder bei einer anderen amtlichen Stelle des Bundes oder für eine solche Stelle bekanntgeworden ist,
 - b) in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 2, wenn der Täter von einer amtlichen Stelle des Bundes verpflichtet worden ist;
 3. von der obersten Landesbehörde in allen übrigen Fällen der Absätze 1 und 2 Nr. 2.

§ 358 Nebenfolgen

Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten wegen einer Straftat nach den §§ 332, 335, 339, 340, 343, 344, 345 Abs. 1 und 3, §§ 348, 352 bis 353b Abs. 1, §§ 355 und 357 kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden (§ 45 Abs. 2), aberkennen.

§ 94 Landesverrat

- (1) Wer ein Staatsgeheimnis
1. einer fremden Macht oder einem ihrer Mittelsmänner mitteilt oder
 2. sonst an einen Unbefugten gelangen lässt oder öffentlich bekanntmacht, um die Bundesrepublik Deutschland zu benachteiligen oder eine fremde Macht zu begünstigen,

und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe lebenslange Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. eine verantwortliche Stellung missbraucht, die ihn zur Wahrung von Staatsgeheimnissen besonders verpflichtet, oder
2. durch die Tat die Gefahr eines besonders schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt.

§ 95 Offenbaren von Staatsgeheimnissen

- (1) Wer ein Staatsgeheimnis, das von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheimgehalten wird, an einen Unbefugten gelangen lässt oder öffentlich bekanntmacht und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, wenn die Tat nicht in § 94 mit Strafe bedroht ist.
- (2) Der Versuch ist strafbar.
- (3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren. § 94 Abs. 2 Satz 2 ist anzuwenden.

§ 96 Landesverräterische Ausspähung, Auskundschaften von Staatsgeheimnissen

- (1) Wer sich ein Staatsgeheimnis verschafft, um es zu verraten (§ 94), wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.
- (2) Wer sich ein Staatsgeheimnis, das von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheimgehalten wird, verschafft, um es zu offenbaren (§ 95), wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.

§ 97 Preisgabe von Staatsgeheimnissen

- (1) Wer ein Staatsgeheimnis, das von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheimgehalten wird, an einen Unbefugten gelangen lässt oder öffentlich bekanntmacht und dadurch fahrlässig die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Wer ein Staatsgeheimnis, das von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheimgehalten wird und das ihm kraft seines Amtes, seiner Dienststellung oder eines von einer amtlichen Stelle erteilten Auftrags zugänglich war, leichtfertig an einen Unbefugten gelangen lässt und dadurch fahrlässig die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (3) Die Tat wird nur mit Ermächtigung der Bundesregierung verfolgt.

§ 97b Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses

(1) Handelt der Täter in den Fällen der §§ 94 bis 97 in der irrigen Annahme, das Staatsgeheimnis sei ein Geheimnis der in § 97a bezeichneten Art, so wird er, wenn

1. dieser Irrtum ihm vorzuwerfen ist,
2. er nicht in der Absicht handelt, dem vermeintlichen Verstoß entgegenzuwirken, oder
3. die Tat nach den Umständen kein angemessenes Mittel zu diesem Zweck ist,

nach den bezeichneten Vorschriften bestraft. Die Tat ist in der Regel kein angemessenes Mittel, wenn der Täter nicht zuvor ein Mitglied des Bundestages um Abhilfe angerufen hat.

(2) War dem Täter als Amtsträger oder als Soldat der Bundeswehr das Staatsgeheimnis dienstlich anvertraut oder zugänglich, so wird er auch dann bestraft, wenn nicht zuvor der Amtsträger einen Dienstvorgesetzten, der Soldat einen Disziplinarvorgesetzten um Abhilfe angerufen hat. Dies gilt für die für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten und für Personen, die im Sinne des § 353b Abs. 2 verpflichtet worden sind, sinngemäß.

§ 120 Gefangenenerbreiung

- (1) Wer einen Gefangenen befreit, ihn zum Entweichen verleitet oder dabei fördert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Ist der Täter als Amtsträger oder als für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter gehalten, das Entweichen des Gefangenen zu verhindern, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe.
- (3) Der Versuch ist strafbar.
- (4) Einem Gefangenen im Sinne der Absätze 1 und 2 steht gleich, wer sonst auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt wird.

§ 355 Verletzung des Steuergeheimnisses

- (1) Wer unbefugt
1. Verhältnisse eines anderen, die ihm als Amtsträger
 - a) in einem Verwaltungsverfahren oder einem gerichtlichen Verfahren in Steuersachen,
 - b) in einem Strafverfahren wegen einer Steuerstraftat oder in einem Bußgeldverfahren wegen einer Steuerordnungswidrigkeit,
 - c) aus anderem Anlass durch Mitteilung einer Finanzbehörde oder durch die gesetzlich vorgeschriebene Vorlage eines Steuerbescheids oder einer Bescheinigung über die bei der Besteuerung getroffenen Feststellungen bekanntgeworden sind, oder
 2. ein fremdes Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, das ihm als Amtsträger in einem der in Nummer 1 genannten Verfahren bekanntgeworden ist,

offenbart oder verwertet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

- (2) Den Amtsträgern im Sinne des Absatzes 1 stehen gleich
1. die für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten,
 2. amtlich zugezogene Sachverständige und
 3. die Träger von Ämtern der Kirchen und anderen Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts.
- (3) Die Tat wird nur auf Antrag des Dienstvorgesetzten oder des Verletzten verfolgt. Bei Taten amtlich zugezogener Sachverständiger ist der Leiter der Behörde, deren Verfahren betroffen ist, neben dem Verletzten antragsberechtigt.

Bewerbungs- und Vertragsbedingungen

Grundsätzlich sind die Bewerbungs- und Vertragsbedingungen zu verwenden, die sich auf der über das Intranet erreichbaren Vergabeseite der Stadt Mannheim befinden, in der jeweils aktuellen Fassung.

1. VOB- Bereich

- Es kommen grundsätzlich die Formulare aus dem Vergabe- und Vertragshandbuch für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB), ggf. mit geringen Anpassungen, zum Einsatz. Diese decken die Bereiche der Bauleistungen und sonstigen Lieferungen und Leistungen ab.
- Die Formulare aus dem Handbuch für die Vergabe und Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau (HVA B-StB) können für diesen Bereich des Tiefbaus alternativ genutzt werden.
- Bei Bauleistungen sind die Besonderen Vertragsbedingungen um die Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen der Stadt zu ergänzen.

2. VOL-Bereich

- Es kommen grundsätzlich die Formulare aus dem Vergabe- und Vertragshandbuch für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB), ggf. mit geringen Anpassungen, zum Einsatz. Diese decken die Bereiche der Bauleistungen und sonstigen Lieferungen und Leistungen ab.
- Für Lieferungen und Leistungen im Bereich Informationstechnologie gelten zusätzlich bzw. alternativ:
 - Ergänzende Vertragsbedingungen für die Beschaffung von IT- Leistungen (EVB-IT) bzw.
 - Besondere Vertragsbedingungen (BVB) für den EDV-Bereich

3. Freiberuflicher Bereich

- Für freiberufliche Leistungen im Baubereich sind die Allgemeinen Vertragsbedingungen der Stadt Mannheim zu den Verträgen mit freiberuflich Tätigen (AVB-fT/MA) zu verwenden.
- Bei allen übrigen freiberuflichen Leistungen sind erforderliche und geeignete Vertragsbedingungen von der zuständigen Bedarfsstelle zu erstellen. Unabhängig davon sind bei wiederkehrenden Verträgen Allgemeine Vertragsbedingungen zu entwickeln.

Sondervergabestellen

12 Fachbereich für Informationstechnologie

1. DV-Hardware (Server, Personalcomputer, Monitore, Drucker, Multifunktionsgeräte, Mobilfunkgeräte, Smartphones, interaktive Whiteboards/Smartboards u.a.), Systemsoftware (Betriebssysteme, Datenbanken etc.), Bürokommunikationssoftware, sonstige systemnahe Software (z.B. Virenschutzsoftware, Tools), soweit nicht der Lehr- und Lernbereich der öffentlichen Schulen oder die pädagogische Arbeit der Fachbereiche 51 und 56 mit Kindern und Jugendlichen betroffen ist
2. DV-Anwendersoftware, soweit nicht der Lehr- und Lernbereich der öffentlichen Schulen oder die pädagogische Arbeit der Fachbereiche 51 und 56 mit Kindern und Jugendlichen betroffen ist
3. Bau und Beschaffung von TK - Anlagen
4. Bau und Beschaffung der DV-Netzwerke
5. Reparatur- und Wartungsverträge im IT- Bereich
6. Aufträge für Untersuchungen und Gutachten im IT- Bereich
7. Verträge mit Netzbetreibern, Telekommunikations Providern und Outsourcern
8. Vergabe von IT- Schulungen ausgenommen Schulungen der Anwender des Haushalts- und Finanzverfahrens SAP R 3
9. Verträge mit Ingenieurbüros für Leistungen im IT - Bereich
10. Freihändige Vergabe gemäß Nr. 6.4 der Vergabeordnung von Bau- und Montageaufträgen im IT- Bereich
11. Materialien zur Durchführung der dem IT- Bereich übertragenen Aufgaben

25 Fachbereich Immobilienmanagement

1. Vergabe von Reinigungsarbeiten und Bewachungsdienstleistungen
2. Vergabe von Hausmeisterdienstleistungen ausgenommen Schulhausmeisterdienstleistungen
3. Vergabe von Lieferungen im Rahmen der Gebäudebewirtschaftung (Wasser/Abwasser, Fernwärme, Gas, Flüssiggas, Heizöl u.ä.)
4. Vergabe von Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen in allen städtischen Gebäuden
5. Beschaffung von Büromöbeln (Schreibtische mit Containern, Besprechungstische, dazugehörige Bestuhlungen, Aktenschränke/-regale, Garderoben und Zubehör) - ausgenommen Schul- und Kindermöbel -
6. Vergabe von Umzugs- und Transportmaßnahmen bezogen auf Büroräume der städtischen Dienststellen, soweit es sich um Büroausstattung entsprechend Ziffer 5 handelt

60 Fachbereich Bauverwaltung

1. Aufträge für Architekten-, Ingenieur- und künstlerische Leistungen im Baubereich, insbesondere solche, die der HOAI unterliegen, Zeichen- und Rechenarbeiten soweit nicht Fachbereich 12 zuständig ist
2. Aufträge für Untersuchungen und Gutachten in bau-, maschinenbau- und betriebstechnischen sowie städtebaulichen Angelegenheiten

Die Ermittlung und Beschreibung des Bedarfs sowie die Bewerberauswahl erfolgen durch die Bedarfsstellen in Abstimmung mit dem Fachbereich Bauverwaltung.

Die Bedarfsstellen sind für freiberufliche Leistungen, die nicht dem Preisrecht der HOAI unterliegen, bis Wertklasse II selbst zuständig.